

Votum für den UNO-Beitritt der Schweiz : warum die Wirtschaft sich plötzlich unpolitisch gibt ; Eine grosse Chance für die Frauenfrage

Autor(en): **Maissen, Toya**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **80 (1986)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143243>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Votum für den UNO-Beitritt der Schweiz

Warum die Wirtschaft sich plötzlich unpolitisch gibt

Es war im Jahre 1972. Chile war noch ein demokratisches Land mit einem demokratisch gewählten Präsidenten. Chile verlangte damals in der UNO, dass ein Gremium aus «wichtigen Persönlichkeiten» zusammengesetzt werde, das die Rolle der Multinationalen Unternehmungen in den Ländern der Dritten Welt untersuchen sollte.

Noch bevor diese Untersuchungen abgeschlossen waren, gab es das demokratische Chile nicht mehr. Dafür hatten vor allem die Multinationalen Unternehmungen gesorgt. Die chilenischen Kupferminen konnten wieder ungestört von irgendwelchen Demokraten ausgebeutet werden. Das Kommunikations- und das Transportwesen, die anderen beiden lebenswichtigen wirtschaftlichen Institutionen, wurden dem Volk entzogen.

Was aber geschah mit jener Kommission? In ihr nahm auch eine «wichtige Schweizer Persönlichkeit» Einsitz. Es war der ehemalige Bundesrat und Wirtschaftsminister der Eidgenossenschaft Hans Schaffner, Inhaber zahlreicher wichtiger Verwaltungsratssitze. Die Schweizer Wirtschaft wusste, dass sie mit dem richtigen Mann in dieser UNO-Kommission vertreten war.

Was tat nun Schaffner? Er unterminierte die Arbeit des Gremiums, in dem er vertrauliche Dokumente, wichtige Untersuchungsergebnisse und die Fragen für die Hearings mit den Multinationalen Unternehmungen, in die entsprechenden Konzernzentralen «zum internen Gebrauch» weiterleitete. Koordina-

tor der miserablen Intrige war der damalige Pressesprecher der Hoffmann-La Roche. Verwickelt in die Intrige waren auch Sandoz, Ciba-Geigy, Nestlé, BBC und Sulzer. Der Roche-Mann verteidigte öffentlich das Vorgehen Schaffners, indem er darauf hinwies, dass auch ein Multi das Recht habe, sich zu verteidigen. Dagegen wäre zweifellos nichts einzuwenden gewesen, hätte Schaffner während den Verhandlungen das Beste für seine Multis herauszuholen versucht. Schaffner versties jedoch gegen Treu und Glauben, indem er als «wichtige Persönlichkeit» aus der Schweiz die Arbeit der übrigen Kommissionsmitglieder nicht nur nicht unterstützte, sondern torpedierte.

Über diese Affäre hat die «Erklärung von Bern» 1978 eine Dokumentation herausgegeben. Es kam natürlich nicht zum Skandal; man war nur empört, dass wieder einmal eine sogenannte entwicklungspolitische Organisation sich in Dinge einmischte, die sie nun wirklich nichts angingen.

Diese längst vergangene Geschichte diene als Illustration dafür, weshalb sich die Schweizer Wirtschaft jetzt windet, wo es um den Beitritt unseres Landes zur UNO geht. Auch die Wirtschaftsförderung, Agitations- und Propagandainstitut der Wirtschaft und eine der schweizerischen Machtzentralen, drückt sich um die Stellungnahme.

Im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement ist man zwar für den Beitritt zur UNO. Aber die millionenschwere Klientel des Volkswirtschaftsdepartements, besonders seine Handelsabtei-

lung, jetzt Bundesamt für Aussenwirtschaft genannt, ist gegen den Beitritt zur UNO. Das ist einfach zu erklären: Man braucht die UNO nicht, solange die Geschäfte ohne die UNO so viel besser laufen. Es ist bezeichnend – und beschämend –, dass jene die vehementesten Gegner der UNO sind, die am meisten mit dem Ausland, mit den Ländern in aller Welt wirtschaften. Es sind dies die Grossbanken und die Exportwirtschaft. Wie immer geben sie vor, sich nicht in politische Angelegenheiten einmischen zu wollen. Als ob die Wirtschaft nicht selbst das Politikum Nummer 1 wäre.

Bundesrat Furgler nennt die UNO «Betätigungsfeld und Lebensraum der Schweizer Wirtschaft». Eine treffende Bezeichnung. Aber dieser «Lebensraum» soll ohne Aufsicht und ohne Verantwortung, es sei denn gegenüber der eigenen Unternehmung, genutzt werden können.

Ein Beitritt zur UNO bedeutet für die Schweizer Exportwirtschaft ein Beitritt zur Verantwortung für ihren «Lebensraum». Aber wir sind eben die Nation, die immer nach dem Fünfer und dem Weggli gestrebt hat, in diesem Fall wohl besser nach der Notenbank und der Grossbäckerei. Ein Beitritt zur UNO bedeutet, dass die Schweizer Wirtschaft nicht mehr so ungeniert in der Politik der Drittweltländer mitmischen kann. Erwähnt seien hier nur die Schweizer Elektromultis und ihre Affären in Argentinien und Brasilien oder die Ausbeutung der Alusuisse in den Stammländern der australischen Eingeborenen. Ja, man muss gar nicht so weit gehen. Das arme, vergessene europäische Island droht auch schon zur Kolonie der gleichen Alusuisse zu werden.

Ein Beitritt der Schweiz zur UNO wird die private Diplomatie der Schweizer Wirtschaft etwas einschränken und sie den professionellen Diplomaten in die Hände geben.

Ein Beitritt zur UNO birgt die Chance, dass vielleicht auch jene Stimmen aus der

Schweiz gehört werden, die sich nicht der Ausbeutung fremder Staaten und Menschen verschrieben haben, sondern trotz allem an die Utopie der Brüderlichkeit in der Welt glauben.

Eine grosse Chance für die Frauenfrage

Ich wünsche mir aber auch als Frau, als Schweizerin, dass wir der UNO beitreten. Mit Empörung habe ich verfolgt, was Frau Bundesrätin Elisabeth Kopp an der Weltfrauenkonferenz in Nairobi im Namen der Schweiz und der Schweizer Frauen gesagt hat. Sinngemäss sagte sie, die Frauen sollten sich nicht in die politischen Fragen einmischen, sondern sich um Arbeitsplätze und Soziales kümmern. Die Arbeitsplatzfrage ist offenbar keine politische Frage, und die soziale Frage ebensowenig.

Die Zahlen sind bekannt: Die Mehrheit der Weltbevölkerung besteht aus Frauen. Weltweit sind sie schlechter bezahlt als Männer, falls sie überhaupt Arbeit haben und nicht ohne Bezahlung schuften, was mehrheitlich der Fall ist. Frauen hungern auf der Welt mehr als Männer, weil sie ja zunächst die hungernen Kinder ernähren müssen oder möchten. Zur Ausbeutung ganzer Länder und Gesellschaften durch die Industriestaaten kommt die Ausbeutung der Frauen.

Die UNO ist eine grosse Chance für die Frauenfrage, auch wenn die Erfolge dieser Weltorganisation nur langsam sichtbar werden.

Frauen fällt es naturgemäss leichter, Solidarität zu üben. Die Gemeinschaft der Völker sollte in der Gemeinschaft der Frauen ihre grosse Chance sehen.

Aber Solidarität ist nicht gefragt. Wer beobachtet, was gegen den Beitritt der Schweiz zur UNO geschrieben wird, muss zu diesem Schluss kommen. Solidarität ist nicht gefragt, und schon gar nicht jene der Frauen, weder hierzulande geschweige denn weltweit.

Die SPS hat sich für die UNO ausgesprochen. In ihrem Programm stehen die

besten Argumente, die es für den Beitritt unseres Landes zur UNO gibt: «Mit einer aktiven Aussenpolitik wollen wir den Grundwerten Frieden, Entwicklung und Menschenrechte zum Durchbruch verhelfen. . .

Frieden ist für uns nicht nur Abwesenheit von Krieg. Friedenssicherung um-

fasst auch soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit bei uns und überall auf der Welt. Es gibt keinen Frieden in Freiheit ohne Frieden in Gerechtigkeit. Eine aktive Arbeit für den Frieden ist auch durch die schweizerische Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen erstrebenswert.»

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Die UNO zwischen Völkerrecht und Weltrecht

Nach der Unterzeichnung der UNO-Charta durch die fünfzig Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen am 26. Juni 1945 in San Franzisko schrieb *Leonhard Ragaz*: «San Franzisko ist das über die ganze Welt hin leuchtende Zeichen einer der gewaltigsten Umwälzungen, welche die Menschengeschichte je gesehen hat: des Willens zur *Überwindung des Krieges* auf Grund einer neuen Einheit der Menschheit in einem neu zu erfassenden und neu zu ehrenden Gottes- und Menschenrecht, das zum Völkerrecht wird. Es ist ein Beginn der Verwirklichung von Jesaja 2, 1–4, und Micha 4, 1–4» (NW 1945, S. 365).

Als ein «Zeichen der Zeit» begrüßte achtzehn Jahre später auch der charismatische *Papst Johannes XXIII.* die UNO in seinem Rundschreiben «*Pacem in terris*» (Nr. 142ff.). Er erinnerte an ihre «Hauptaufgabe, den Frieden unter den Völkern zu schützen und zu festigen sowie freundschaftliche Beziehungen unter ihnen zu pflegen und zu entwickeln, die auf den Grundsätzen der Gleichheit, der gegenseitigen Hochachtung und der vielfältigen Zusammenarbeit auf allen Gebieten menschlicher Aktivitäten gründen». Besonders hob er die «Allgemeine

Erklärung der Menschenrechte» hervor, die am 10. Dezember 1948 von der UNO-Vollversammlung proklamiert worden war. Diese Erklärung erschien ihm «als Stufe und als Zugang zu der zu schaffenden rechtlichen und politischen Ordnung aller Völker auf der Welt». Johannes XXIII. schloss sein prophetisches Wort über die UNO mit dem Wunsch, «die Vereinten Nationen möchten ihre Organisation und ihre Mittel immer mehr der Weite und dem hohen Rang ihrer Aufgaben anzupassen imstande sein, damit bald die Zeit komme, in der diese Vereinigung die Rechte der menschlichen Person wirksam schützen kann».

Nicht anders beurteilt der *Ökumenische Rat der Kirchen* die UNO.¹ Die von ihm einberufene «Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft» rief im Juli 1966 von Genf aus «die Kirchen der Welt auf, alle Angriffe, die die UNO schwächen oder zerstören könnten, abzuwehren und Wege zu suchen und zu befürworten, auf denen sie in ein Instrument verwandelt werden kann, das vollkommen in der Lage ist, den Frieden zu gewährleisten und die Gerechtigkeit in weltweitem Ausmass zu garantieren». (Die Kirchen der Schweiz müssten sich